

Impuls #04

Ger Ringes Politikvertrauen, mangelnde Partizipation: Was die Bevölkerungsumfrage ALLBUS über den Zusammenhang mit Arbeitslosigkeitserfahrung lehrt



Politikvertrauen und politische Partizipation sind in Deutschland ungleich verteilt: Unsere Analyse der Bevölkerungsumfrage ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) zeigt, dass Arbeitslose und Menschen mit Arbeitslosigkeitserfahrung (verglichen mit Erwerbstätigen und Menschen ohne Arbeitslosigkeitserfahrung) politischen Institutionen und Politiker:innen stärker misstrauen und weniger daran interessiert sind, wählen zu gehen.

Geringes Politikvertrauen, mangelnde Partizipation: Was die Bevölkerungsumfrage ALLBUS über den Zusammenhang mit Arbeitslosigkeitserfahrung lehrt

Das Verhältnis der deutschen Bürger:innen zur Politik hat deutliche Risse. Während die Wahlbeteiligung schon seit den 1980er Jahren stetig sinkt (Schäfer, 2015), hat auch das Vertrauen in Politiker:innen und politische Institutionen vor allem in den letzten Jahren gelitten (z.B. Busemeyer et al., 2021).

Einen besonderen Grund zur Sorge liefert dabei die Tatsache, dass sowohl Politikvertrauen als auch politische Partizipation in der Bevölkerung nicht gleichmäßig verbreitet sind: Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status vertrauen weniger und wählen seltener als sozioökonomisch Bessergestellte; diese Diskrepanz zeigt sich ebenfalls zwischen Arbeitslosen und Erwerbstätigen (siehe Fokus 01).

Fokus 01: Arbeitslosigkeit und der demokratische Rückzug

Eine aktuelle Analyse des Zentrum für neue Sozialpolitik deckte bei den Landtagswahlen 2022 in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein einen starken und signifikanten Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und der Wahlbe-

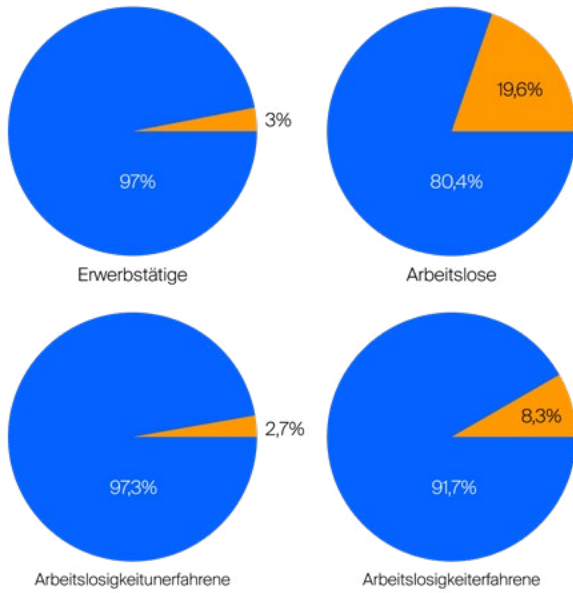
teiligung eines Wahl- bzw. Landkreises auf (siehe Impuls #02) Vertrauen, Einkommen und Arbeitslosigkeit als Erklärungsansatz für die demokratische Schieflage – Auswertung der Landtagswahlen 2022 und einer bundesweiten Befragung). Und eine Auswertung der europaweiten Umfragen Eurobarometer zeigt, dass sowohl die nationale Arbeitslosenquote als auch individuelle Arbeitslosigkeit einen Vertrauensverlust in die Regierung vorhersagen (Foster & Frieden, 2017). Es besteht also eine alarmierende gesellschaftliche Schieflage in Hinblick auf die essenziellen Pfeiler der Demokratie.

Die gesellschaftliche Schieflage im ALLBUS

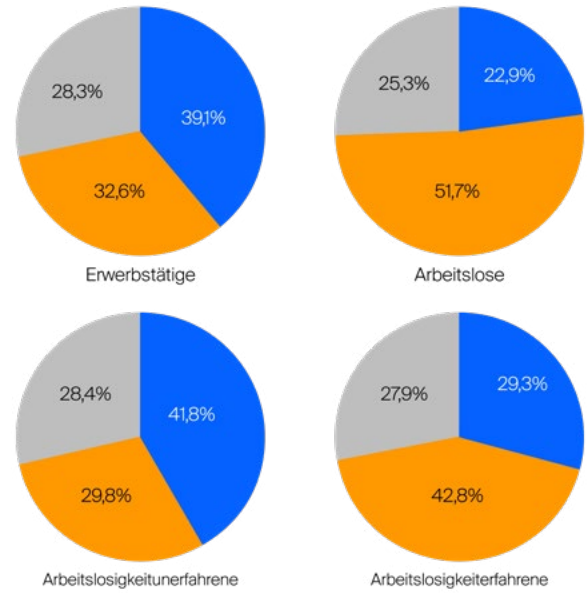
Diese Schieflage wies das Zentrum für neue Sozialpolitik nun auch in der repräsentativen Datenbasis der Bevölkerungsumfrage ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) nach. Betrachtet wurde die Befragung aus dem Jahr 2018, die letzte Erhebung, bevor die Coronapandemie einerseits die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit beeinflusste und andererseits beim politischen Vertrauen zu einem bestimmenden Faktor wurde.

Die Kreisdiagramme Grafik #01 bis Grafik #04 zeigen unsere Ergebnisse: Sowohl hinsichtlich der politischen Partizipation, als auch hinsichtlich des politischen Vertrauens verdeutlichen sie die gesellschaftliche Schieflage: **Arbeitslose vertrauen der Bundesregierung und dem Bundestag tendenziell weniger als Erwerbstätige, sind weniger daran interessiert, wählen zu gehen, und betrachten Politiker:innen skeptischer.** Ein ähnliches Muster findet sich beim Vergleich von Menschen, die innerhalb der letzten zehn Jahre arbeitslos waren, mit Menschen ohne vergangene Arbeitslosigkeitserfahrung.

Absicht, wählen zu gehen



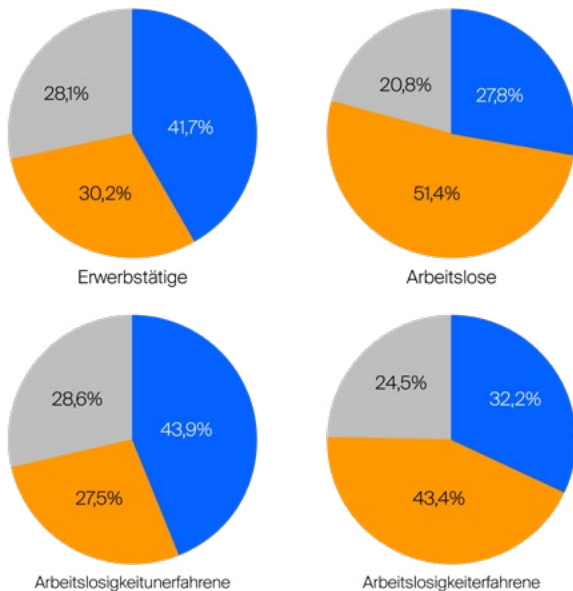
Vertrauen in die Bundesregierung



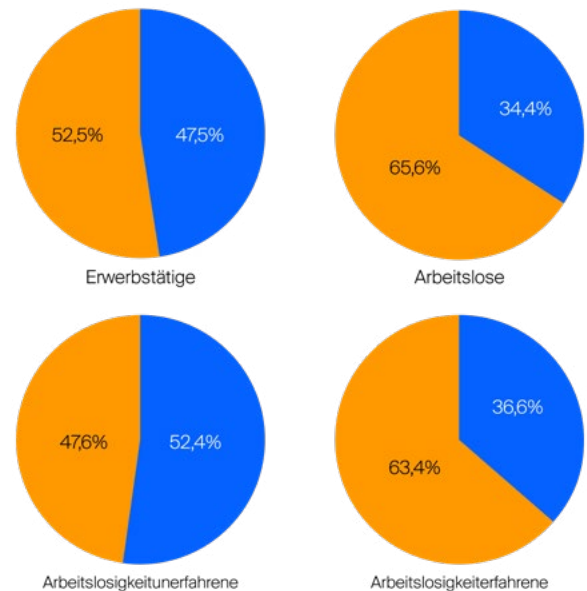
● WÜRDE WÄHLEN GEHEN ● WÜRDE NICHT WÄHLEN GEHEN

● VERTRAUEN ● KEIN VERTRAUEN ● UNENTSCHEIDEN

Vertrauen in den Bundestag



Politiker:innen vertreten Interessen der Bevölkerung



● VERTRAUEN ● KEIN VERTRAUEN ● UNENTSCHEIDEN

● STIMME ZU ● STIMME NICHT ZU

Doch wieso dieser demokratische Rückzug? Zum einen haben Menschen mit Arbeitslosigkeitserfahrung tendenziell einen geringeren Bildungsstatus oder ein geringeres Einkommen – Faktoren, die wiederum mit geringem Politikvertrauen einhergehen (Foster & Frieden, 2017; Schäfer, 2010). Zum anderen geben unsere Analysen der ALLBUS-Daten Aufschluss über die Rolle der Arbeitslosigkeitserfahrung an sich – **über** den Einfluss von Bildung oder Einkommen hinaus. Es zeigte sich, dass vergangene Arbeitslosigkeitserfahrung sowohl Politikvertrauen als auch demokratische Teilhabe auch allein – in geringem Maße – vorhersagen kann. Analysen und Ergebnisse stellen wir im Detail im Ergebnisbericht vor.

Soziale Sicherung als Vertrauensförderer

Ein vielversprechender Hebel in der Stärkung von Vertrauen ist die Ausgestaltung von Institutionen (siehe Fokus 02).

Fokus 02: Vertrauensfördernde Institutionen

Wie müssen Policies und Institutionen aussehen, damit sie als vertrauenswürdig wahrgenommen werden? Besonders

relevant sind dabei faire und transparente Abläufe, Unabhängig- und Unparteilichkeit, sowie die Freiheit von Willkür oder der Notwendigkeit, sich im System behaupten zu müssen (z.B. You, 2012; Freitag & Bühlmann, 2009; Rothstein & Stolle, 2008). Solche fairen und gerechten Institutionen stärken das Vertrauen der Menschen in die jeweilige Institution, die Kooperation und das Gefühl der Sicherheit.

Mit der Grundsicherung für Arbeitslose bietet der Sozialstaat eine Institution, mit der gerade jener Teil der Bevölkerung in Kontakt tritt, der der Politik stärker misstraut und dem demokratischen Prozess eher fernbleibt. Nicht zuletzt könnte es also die Grundsicherung für Arbeitssuchende sein, die zum Ausgleich der Vertrauens- und Partizipationsschiefelage beitragen kann. Welches vertrauensfördernde Potenzial in einer Grundsicherungsreform steckt, demonstriert besonders eindrücklich unsere Analyse von Daten aus dem finnischen Basic Income-Feldexperiment (siehe Fokus 03).

Fokus 03: Wie eine modifizierte Transferleistung Vertrauen und Teilhabe schuf

Im Rahmen des finnischen Basic Income-Experiments erhielten 2000 zufällig ausgewählte Arbeitssuchende in Finnland von Januar 2017 bis Dezember 2018 eine modifizierte staatliche Transferleistung. Diese wurde jedoch im Gegensatz zur regulären Leistung ohne Verhaltensaufgaben und ohne Transferentzug

ausbezahlt. Im Vergleich einer für diese Studie relevanten Subgruppe der Teilnehmenden zeigte sich ein deutlicher Effekt der modifizierten Transferleistung: Sowohl das politische Vertrauen als auch die Absicht, bei der nächsten Parlamentswahl wählen zu gehen, wurden durch die veränderte Grundsicherungspolicy gestärkt. Die Methodik und Befunde der Studie werden detailliert im Policy Paper #02 (Sozialpolitik ist Demokratiep Politik: Die Rolle der sozialen Sicherung für politische Partizipation) und im zugehörigen Forschungsbericht (The Effect of Unconditional Cash Transfers on Voting Participation: Evidence from the Finnish Basic Income Experiment) beschrieben.

Vielversprechend ist also eine Umgestaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende hin zu einer durch gerechte und faire Prozesse, Wohlwollen und Freiheit von Willkür oder Subjektivität geprägten Policy. Wie die Befunde aus dem finnischen Basic Income-Experiment zeigten, stärkt insbesondere eine Grundsicherungspolicy ohne Verhaltensaufgaben oder Sanktionen und mit leistungsgerechten Zuverdienstmöglichkeiten politisches Vertrauen und Partizipation der Leistungsbeziehenden.

Quellen:

Beckmann, F., Heinze, R. G., Schad, D., & Schupp, J. (2021). Erzwungene Modernisierung? Arbeitsverwaltung und Grundsicherung in der Corona-Pandemie (No. 161). DIW Berlin: Politikberatung kompakt.

Busemeyer, M. R., Diehl, C., Wöhler, T., Wolter, F., Bertogg, A., Strauß, S., & Kulic, N. (2021). Vertrauen. Impfung. Radikalisierung. Unzufriedenheit.: Wo die Coronakrise die Gesellschaft ungleicher macht. Das Progressive Zentrum.

<https://www.progressives-zentrum.org/vertrauen-impfung-radikalisierung-unzufriedenheit-wo-die-coronakrise-die-gesellschaft-ungleicher-macht/>

Edelman (2022). Edelman Trust Barometer 2022. https://www.edelman.com/sites/g/files/aatuss191/files/2022-01/2022%20Edelman%20Trust%20Barometer%20FINAL_Jan25.pdf

Foster, C., & Frieden, J. (2017). Crisis of trust: Socio-economic determinants of Europeans' confidence in government. *European Union Politics*, 18(4), 511-535.

Freitag, M., & Bühlmann, M. (2009). Crafting trust: The role of political institutions in a comparative perspective. *Comparative Political Studies*, 42(12), 1537-1566.

Rothstein, B., & Stolle, D. (2008). The state and social capital: An institutional theory of generalized trust. *Comparative politics*, 40(4), 441-459.

Schäfer, A. (2010). Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 4(1), 131-156.

Schäfer, A. (2015). Der Verlust politischer Gleichheit: warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet (Vol. 81). Campus Verlag.

You, J. S. (2012). Social trust: Fairness matters more than homogeneity. *Political Psychology*, 33(5), 701-721.

Das Zentrum für neue Sozialpolitik (ZSP) ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Thinktank mit Sitz in Berlin und München. Es entwickelt evidenzbasierte Analysen, Konzepte und anwendungsorientierte Politikempfehlungen zur Zukunft der Sozialsysteme. Die Ergebnisse bringt das ZSP als Impulse in gesellschaftliche Debatten ein und diskutiert sie mit Akteur:innen aus Politik und Zivilgesellschaft.

www.zentrum-neue-sozialpolitik.org



Diese Publikation ist als PDF auf der Projektwebsite unter einer Creative-Commons-Lizenz verfügbar. Gemäß der Lizenz ist das Kopieren und Verbreiten der Publikation nur in ihrer Gesamtheit erlaubt und nur sofern Zentrum für neue Sozialpolitik als Urheber genannt und die Publikation für nicht-kommerzielle Zwecke verwendet wird. Grafiken und Abbildungen dürfen nicht getrennt von der Veröffentlichung verwendet werden.

Zentrum für neue Sozialpolitik gGmbH
Ohmstraße 13
D-80802 München
Tel. +49 89 44333555-00
info@zentrum-neue-sozialpolitik.org
www.zentrum-neue-sozialpolitik.org
Veröffentlicht im November 2022